

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten
– Drucksache 18/7250 –**

Jahresbericht 2015 (57. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Wehrbeauftragte dem Deutschen Bundestag seinen Jahresbericht für das Jahr 2015 am 26. Januar 2016 vorgelegt.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts und Annahme einer Entschließung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf Drucksache 18/7250 folgende Entschließung anzunehmen:

- „1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 21. Dezember 2016 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 21. September 2016

Der Verteidigungsausschuss

Dr. Karl A. Lamers
Stellvertretender Vorsitzender

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatteerin

Heidtrud Henn
Berichterstatteerin

Christine Buchholz
Berichterstatteerin

Doris Wagner
Berichterstatteerin

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Heidtrud Henn, Christine Buchholz und Doris Wagner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf **Drucksache 18/7250** in seiner 167. Sitzung am 28. April 2016 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 110. Sitzung am 21. September 2016 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 72. Sitzung am 21. September 2015 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 64. Sitzung am 21. September 2016 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 4. Juli 2016 (Ausschussdrucksache 18(12)727) in seiner 73. Sitzung am 21. September 2016 beraten. Im Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** dankte dem Wehrbeauftragten Dr. Hans-Peter Bartels sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit. Zu begrüßen sei, dass sein erster Jahresbericht einen deutlichen strategischen Blickwinkel einnehme. Im Bericht werde detailliert auf das Fehl von Material und Personal vor dem Hintergrund eingegangen, dass die Bundeswehr vor nie dagewesenen sicherheitspolitischen Herausforderungen stehe. Die Trendwenden Personal und Material seien daher richtige Maßnahmen, die auch im aktuellen Haushaltsentwurf berücksichtigt seien. Zugleich gebe es aber auch viele Punkte, an denen noch gearbeitet werden müsse. Dazu gehörten vor allem die Erhöhung des Umfangs der Streitkräfte, die verstärkte Einbindung von Reservisten und die Gewinnung von Nachwuchs. Erreicht werden müsse zudem das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel, den Soldatinnen und Soldaten eine echte Wahlmöglichkeit zwischen Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung zu bieten.

Die **SPD-Fraktion** äußerte ebenfalls ihren Dank an den Wehrbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Bericht stehe zu Recht unter dem Titel „Die Bundeswehr am Wendepunkt“. Es habe in der vergangenen Zeit viele gute Veränderungen gegeben, doch habe man den Soldatinnen und Soldaten schließlich auch viel zugemutet. Wichtig sei vor allem, dass den Worten nun auch Taten folgten. Dies gelte insbesondere für die Stellungnahme des BMVg zu dem vorliegenden Bericht. So bestehe beispielsweise weiterhin dringender Nachbesserungsbedarf bei der Infrastruktur der Bundeswehrliegenschaften. Ebenso gebe es anhaltend Probleme bei der ausreichenden und adäquaten Ausstattung von Soldatinnen mit Bekleidung. Weitere Themenfelder seien die Einführung der elektronischen Patientenakte, die Anerkennung einer Zulage für Oralchirurgie, eine ausreichende Freistellung von Lotsen sowie die Schulung von Psychotherapeuten.

Die **Fraktion DIE LINKE**, schloss sich dem Dank an, kritisierte zugleich aber die veränderte Berichtsstruktur. Mit dem Voranstellen der Forderung nach Vollausrüstung der Bundeswehr und materieller Einsatzbereitschaft sowie mit Problemen bei der Beschaffung von Ausrüstung werde ein falscher Schwerpunkt gesetzt. Der Bericht lese sich insofern wie die Konkretisierung des Weißbuches, weshalb man sich ihm in dieser Hinsicht nicht anschließen könne. Auch das BMVg setze aufgrund des Berichtes falsche Schwerpunkte. Viel wichtiger sei es beispielsweise, die Betreuungs- und Unterstützungsmaßnahmen für traumatisierte Soldatinnen und Soldaten zu stärken und weiter auszubauen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an und betonte, es gebe noch viele Probleme in der Bundeswehr, die angegangen werden müssten. Diese beträfen beispielsweise den bereits angesprochenen Bereich der ausreichenden Ausstattung von Soldatinnen mit Bekleidung, aber auch den Punkt, dass die Einsatzerfahrung stärker in die Beschaffung einfließen müsse. Kritisch zu sehen seien zudem die Schwierigkeiten bei der Erhöhung der Anzahl an Berufssoldaten, aber auch die beabsichtigte Einführung eines neuen Beurteilungssystems. Letztlich seien Teilzeitbeschäftigte in der Bundeswehr in der individuellen Förderung weiterhin benachteiligt.

Berlin, den 21. September 2016

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatlerin

Heidtrud Henn
Berichterstatlerin

Christine Buchholz
Berichterstatlerin

Doris Wagner
Berichterstatlerin